

WELTGIPFEL 2005

PLENARTAGUNG AUF HOHER EBENE

14. - 16. SEPTEMBER 2005



ERGEBNISDOKUMENT DES WELTGIPFELS 2005

Die führenden Politiker der Welt, die vom 14. bis 16. September am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York zusammentrafen, haben eine ganze Reihe von Maßnahmen zu den großen Weltproblemen beschlossen:

ENTWICKLUNG

- » Alle Regierungen, sowohl der Geberstaaten wie der Entwicklungsländer, sind die nachdrückliche und unzweideutige Verpflichtung eingegangen, die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen.
- » Bis 2010 sollen jährlich weitere 50 Milliarden US-Dollar für die Armutsbekämpfung bereitgestellt werden.
- » Alle Entwicklungsländer verpflichten sich, bis zum Jahr 2006 nationale Pläne für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu verabschieden.
- » Es wird vereinbart, umgehende Unterstützung für schnell wirkende Initiativen zur Bekämpfung der Malaria und zur Förderung der Bildung und des Gesundheitswesens bereitzustellen.
- » Für die Entwicklung sollen innovative Finanzierungsquellen erschlossen werden, unter anderem durch Maßnahmen bestimmter Ländergruppen zur Umsetzung einer Internationalen Finanzierungsfazilität und andere Initiativen zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten, insbesondere im Gesundheitssektor.
- » Weitere Maßnahmen sollen geprüft werden, um die langfristige Schuldentragfähigkeit zu gewährleisten, namentlich durch eine erhöhte zuschussbasierte Finanzierung und den 100-prozentigen Erlass der öffentlichen multilateralen und bilateralen Schulden der hochverschuldeten armen Länder. Wo dies angezeigt ist, soll die Möglichkeit einer erheblichen Entschuldung oder Umstrukturierung für Entwicklungsländer mit niedrigem und mittlerem Einkommen geprüft werden, die nicht an der Initiative für hochverschuldete arme Länder beteiligt sind und unter einer nicht tragfähigen Schuldenlast leiden.
- » Die Regierungen bekennen sich zur Liberalisierung des Handels und zur raschen Umsetzung der Entwicklungsdimensionen des Arbeitsprogramms von Doha.

TERRORISMUS

- » Der Terrorismus wird "in allen seinen Arten und Erscheinungsformen, gleichviel von wem, wo und zu welchem Zweck er begangen wird" erstmals klar und uneingeschränkt von allen Regierungen verurteilt.
- » Es werden starke politische Impulse für den Abschluss eines umfassenden Übereinkommens über den Terrorismus innerhalb eines Jahres erteilt, und das rasche Inkrafttreten des Übereinkommens über Nuklearterrorismus wird unterstützt. Alle Staaten werden ermutigt, diesem sowie den 12 weiteren Übereinkommen zur Terrorismusbekämpfung beizutreten und sie durchzuführen.
- » Die Ausarbeitung einer Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus wird beschlossen, die die internationale Gemeinschaft stärkt und die Terroristen schwächt.

FRIEDENSKONSOLIDIERUNG, FRIEDENSSICHERUNG UND FRIEDENSSCHAFFUNG

- » Die Schaffung einer Kommission für Friedenskonsolidierung wird beschlossen, um den Ländern beim Übergang vom Krieg zum Frieden behilflich zu sein; die Kommission soll durch ein Büro und einen ständigen Fonds unterstützt werden.
- » Eine neue ständige Polizeikapazität für Friedenssicherungseinsätze der Vereinten Nationen soll geschaffen werden.
- » Die Kapazität des Generalsekretärs für Vermittlung und Gute Dienste soll gestärkt werden.

SCHUTZVERANTWORTUNG

- » Alle Regierungen akzeptieren in klarer und eindeutiger Weise die gemeinsame internationale Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie erklären sich bereit, zu diesem Zweck rechtzeitig und entschieden kollektive Maßnahmen unter Einschaltung des Sicherheitsrats zu ergreifen, falls friedliche Mittel sich als unzureichend erweisen und die nationalen Behörden beim Schutz der Bevölkerung offenkundig versagen.

MENSCHENRECHTE, DEMOKRATIE UND HERRSCHAFT DES RECHTS

- » Entschlossene Maßnahmen sollen ergriffen werden, um das Instrumentarium der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte zu stärken, durch die Unterstützung des Aktionsplans und eine Verdoppelung des Haushalts des Hohen Kommissars.
- » Es wird vereinbart, im Laufe des kommenden Jahres einen Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen einzusetzen.
- » Die Demokratie wird als universaler Wert bekräftigt, und die Einrichtung des neuen Demokratiefonds, für den bereits Mittelzusagen in Höhe von 32 Millionen US-Dollar aus 13 Ländern eingegangen sind, wird begrüßt.
- » Die alle Bereiche erfassende geschlechtsspezifische Diskriminierung, wie die Ungleichheiten im Bildungsbereich und beim Besitz von Eigentum, und die Gewalt gegen Frauen und Mädchen sollen beseitigt und der Straflosigkeit für diese Gewalt ein Ende gesetzt werden.
- » Dank der während des Gipfels vorgenommenen Ratifikationen ist das Übereinkommen gegen Korruption in Kraft getreten.

MANAGEMENTREFORM

- » Die Aufsichtskapazität der Vereinten Nationen, namentlich das Amt für interne Aufsichtsdienste, soll gestärkt und die Aufsichtsdienste sollen auf andere Organisationen ausgeweitet werden; die Einsetzung eines unabhängigen Sachverständigenausschusses für Aufsichtsfragen sowie weitere Maßnahmen zur Schaffung eines Ethikbüros werden gefordert.
- » Mit Hilfe einer Überprüfung aller Mandate, die älter als fünf Jahre sind, sollen die Vereinten Nationen den heutigen Erfordernissen angepasst werden, indem überholte Mandate abgeschafft und durch neue Prioritäten ersetzt werden.
- » Die Haushalts-, Finanz- und Personalvorschriften und -politiken sollen überarbeitet werden, damit die Organisation den aktuellen Bedürfnissen besser entsprechen kann; ein einmaliges Abfindungsprogramm für Mitarbeiter soll durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die Bediensteten der Vereinten Nationen den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht werden.

UMWELT

- » Die ernste Herausforderung, die der Klimawandel bedeutet, wird anerkannt, und die Regierungen verpflichten sich, Maßnahmen im Rahmen des Klimaübereinkommens der Vereinten Nationen zu ergreifen. Die am meisten gefährdeten Länder, wie die kleinen Inselentwicklungsländer, werden Unterstützung erhalten.
- » Die Einrichtung eines weltweiten Frühwarnsystems für alle Naturgefahren wird vereinbart.

INTERNATIONALE GESUNDHEIT

- » Die Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria durch Prävention, Betreuung, Behandlung und Unterstützung sollen umfassend verstärkt und aus nationalen, bilateralen, multilateralen und privaten Quellen zusätzliche Mittel mobilisiert werden.
- » Die Regierungen verpflichten sich, Infektionskrankheiten zu bekämpfen, unter anderem durch die vollständige Umsetzung der neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften, und den Globalen Verbund der Weltgesundheitsorganisation zur Warnung und Reaktion bei Krankheitsausbrüchen zu unterstützen.

HUMANITÄRE HILFE

- » Der Zentrale revolvingierende Nothilfefonds soll verbessert werden, um sicherzustellen, dass die Hilfe im Fall von Katastrophen verlässlich und umgehend eintrifft.
- » Die Leitgrundsätze betreffend Binnenvertreibungen werden als wichtiger internationaler Rahmen für den Schutz von Binnenvertriebenen anerkannt.

AKTUALISIERUNG DER CHARTA DER VEREINTEN NATIONEN

- » Es wird eine Überarbeitung und Aktualisierung der Charta beschlossen:
 - Der Treuhandrat soll aufgelöst werden, womit die historische Rolle der Vereinten Nationen bei der Entkolonialisierung ihren Abschluss findet.
 - Die anachronistischen Hinweise auf "Feindstaaten" in der Charta sollen gestrichen werden.

Der volle Wortlaut des Dokuments ist über die Internetseite des Gipfels zugänglich: www.un.org/summit2005